

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16334
Donnerstag, 21. Juli 2022

EU-Agrarverbände unterstützen Notfallplan der EU-Kommission zur Gasverteilung	1
Copa/Cogeca: Aussetzung einiger EU-Düngemittelzölle richtiger erster Schritt	2
Totschnig bei Betriebsbesuchen: Österreich bei Saatgut Selbstversorger	3
Bauerbund Oberösterreich fordert Netzausbau zur Einspeisung von PV-Strom	4
Zunehmende Wetterextreme erfordern moderne und rasche Schadenserhebung	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarverbände unterstützen Notfallplan der EU-Kommission zur Gasverteilung

Vorrang für Lebensmittelsektor gefordert - Vorschlag für 15% Gaseinsparung

Brüssel/Wien, 21. Juli 2022 (aiz.info). - Eine Gruppe von EU-Verbänden entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette - Copa/Cogeca für Landwirte und Genossenschaften, FoodDrinkEurope für die Lebensmittelhersteller sowie Primary Food Processors für Betriebe der ersten Verarbeitungsstufe - unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für einen Notfallplan im Fall einer Gasknappheit. Die Vertreter von 22 Mio. Landwirten, 22.000 Genossenschaften sowie Verarbeitungsbetrieben mit 4,62 Mio. Mitarbeitern fordern die Mitgliedstaaten auf, auf Ratsebene der Empfehlung der Kommission zu folgen, die Lebensmittel-Wertschöpfungskette in ihren nationalen Notfallplänen bei einer allfällig notwendigen Gaszuteilung als kritischen Sektor anzuerkennen.

Jede Unterbrechung in der Gasversorgung würde die Verfügbarkeit von Agrarrohstoffen beeinträchtigen und Lebensmittel- sowie Futtermittelhersteller daran hindern, mit vollen Kapazitäten zu arbeiten. Dies würde die Verfügbarkeit von Lebensmitteln für die Konsumenten und jene von Futter für Tiere treffen und das Risiko von Verknappungen in sich bergen. Copa-Generalsekretär **Pekka Pesonen** sagte unter dem Hinweis auf die bereits dramatischen Folgen der Verteuerung von Strom, Gas, Dünger, Sprit für den Transport und Arbeit im abgelaufenen Jahr: Eine Gasrationierung würde die bestehenden Probleme noch weiter anheizen und zusätzlichen Niederschlag auf die Verfügbarkeit von Lebens- und Futtermitteln haben. "Die heutige Mitteilung (Anmerkung: der Kommission) sendet die klare Botschaft an die Mitgliedstaaten: Gebt dem Agrar- und Lebensmittelsektor vorrangig Zugang zur Gasversorgung." Dies etwa noch vor den Haushalten.

Kommission schlägt mögliche verbindliche Einsparungspläne für 15% Gas vor

Die Europäische Kommission schlägt vor, die Mitgliedsstaaten sollten vor einer Verknappung der Versorgung ihren Gasverbrauch bis Ende März 2023 zunächst auf freiwilliger Basis um 15% gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt reduzieren. Für den Falle eines substantziellen Risikos einer Verknappung solle die EU nach Auslösung eines Unionsalarms durch mindestens drei Mitgliedstaaten oder die Kommission diese Einsparungsmaßnahmen den Ländern verbindlich vorschreiben können. Die Mitgliedstaaten sollten dem Vorschlag zufolge ihre nationalen Einsparungspläne im öffentlichen Sektor, in Unternehmen und auch in Haushalten bis Ende September vorlegen. Die Kommission wolle in erster Linie auf die Industrie abzielen. Eine - seit 2019 auch in Österreich geltende - Verordnung, wer im Ernstfall noch mit Gas versorgt werden solle, sehe Haushalte und essenzielle soziale Dienste als geschützte Verbraucher mit vorrangiger Behandlung an, wohingegen die Industrie nicht als geschützter Bereich gelte. Die Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag zu einer Änderung allerdings noch im Rat zustimmen.

Energieminister befassen sich auf Außerordentlicher Ratstagung mit Gasplänen

Kommenden Dienstag sollen sich die Energieminister auf einer außerordentlichen Ratstagung damit befassen. Einige Länder meldeten schon Bedenken gegen verbindliche Einsparungsziele an oder haben wie Ungarn den nationalen Notstand ausgerufen und geben etwa Gas oder andere Energie nicht mehr an andere EU-Länder weiter. Dazu laufen schon Untersuchungen der Kommission.

Lebensmittelkette verarbeitet 220 Mio. t Rohstoff und ernährt halbe Milliarde Menschen

FoodDrinkEurope repräsentiere als größte Industriesparte Europas 290.000 Unternehmen der Lebensmittel- und Getränkeherzeugung, die 70% der gesamten Agrarproduktion der EU aufkaufe. Die 22 Mio. in Copa organisierten Bauern und ihre Familien garantierten die Sicherheit der Lebensmittelversorgung einer halben Milliarde Menschen in ganz Europa. Und schließlich verarbeitet die in Primary Food Processors vertretene erste Veredelungsstufe rund 220 Mio. t landwirtschaftliche Rohstoffe von Getreide, Zuckerrüben, Raps, Sojabohnen, Sonnenblumenkernen, pflanzlichen Rohölen und Kakaoprodukten bis hin zu Stärkekartoffeln. (Schluss) pos

Copa/Cogeca: Aussetzung einiger EU-Düngemittelzölle richtiger erster Schritt

Entlastung von Ausgangsstoffen zu wenig - auch fertige Dünger rasch entlasten

Brüssel/Wien, 21. Juli 2022 (aiz.info). - Die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände Copa und Cogeca begrüßen die Entscheidung der GD Handel in der EU-Kommission, endlich die Importzölle für einige Düngemittel-Grundstoffe wie Harnstoff und wasserfreies Ammoniak auszusetzen als einen richtigen ersten Schritt. Diesem müssten aber logischerweise weitere folgen, wie auch die Zölle auf fertige Düngemittel wie Ammoniumnitrat (UAN), Diammonphosphat (DAP), Monoammonphosphat (MAP) oder NPK-Mehrstoffdünger sowie die Anti-Dumping-Maßnahmen gegen UAN-Einfuhren aus den USA sowie Trinidad und Tobago aufzuheben. Nur derart beherzte Maßnahmen könnten den Düngemittelmärkten zu mehr Dynamik verhelfen und die von den Landwirten zu zahlenden Preise langfristig wieder herunterbringen.

Die EU-Landwirte seien 2021 als Folge eines Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage mit einem noch nicht dagewesenen Anstieg der Preise für Stickstoffdünger konfrontiert worden. Der Krieg Russlands mit der Ukraine habe zu weiteren Verwerfungen geführt. Diese Länder seien wichtige Exporteure am Weltmarkt, die EU beziehe 43% ihrer Düngerimporte von dort. In der Konsequenz sähen sich die EU-Landwirte nunmehr dem doppelten Risiko von exorbitanten Preissteigerungen und Versorgungsengpässen gegenüber. Dies treffe nicht nur ihre Einkommen ernsthaft sondern auch die Lebensmittelversorgung der EU und die globale Versorgungssicherheit.

Aufhebung von Düngerzöllen in USA benachteiligt EU-Landwirte im Wettbewerb

Die Beibehaltung der Zölle auf gebrauchsfertige Düngemittel sichere nur den Schutz von Wettbewerbsvorteilen der Düngerhersteller in der EU, bringe aber keine Verbesserung für die Lage der Landwirte. Dies vor allem auch, weil die US-Regierung erst kürzlich ihre Anti-Dumping-Maßnahmen gegen Düngereinfuhren wie aus Trinidad und Tobago aufgegeben habe, indem sie der Argumentation der unter hohen Preisen klagenden Farmer gefolgt sei und feststellte, diese Importe träfen die US-Düngerindustrie nicht. Vor diesem Hintergrund sähen sich die Landwirte in der EU in einem Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren amerikanischen Kollegen. Die EU-Kommission müsse daher rasch handeln. (Schluss) pos

Totschnig bei Betriebsbesuchen: Österreich bei Saatgut Selbstversorger

Agrarressort unterstützt mit 600.000 Euro jährlich Züchtung klimafitter Sorten

Wien, 21. Juli 2022 (aiz.info). - Der russische Angriffskrieg in der Ukraine rückte die Getreide-Versorgung weltweit in den Fokus. Österreich produziert sein gesamtes Getreide-Saatgut selber. Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** machte sich dieser Tage bei zwei Unternehmen der Saatgutwirtschaft in Probstdorf ein Bild von der Züchtungs-Forschung und Saatgutproduktion. "Wir sind in diesem Bereich also bestens vorbereitet und in Zeiten der Krise nicht von Importen abhängig. Die Lebensmittelversorgungssicherheit hat für mich oberste Priorität. Indem wir das Saatgut, das unsere Bäuerinnen und Bauern heuer im Herbst und nächstes Jahr aussäen, selber produzieren, sind wir bei Getreide unabhängig und krisenresistent", so Totschnig.

Saatgut Austria und ihre Mitgliedsunternehmen leisteten internationale Pionierarbeit. An Standorten wie Probstdorf wird Saatgut nicht nur produziert und für die nächste Saison eingelagert, sondern es wird gemeinsam mit anderen österreichischen Züchtern auch an klimafitten Sorten geforscht. Totschnig: "Als Landwirtschaftsministerium unterstützen wir dieses Projekt Klimafit mit 600.000 Euro pro Jahr." Die Sorten der heimischen Züchter seien optimal an die regionalen Gegebenheiten und österreichischen Standorte angepasst, betont dazu **Johann Birschitzky**, Obmann-Stellvertreter Saatgut Austria. Umfangreiche Versuchstätigkeit in Österreich sowie in noch heißeren Ländern wie Ungarn oder Kroatien seien die Basis dafür. "Das zertifizierte, amtlich anerkannte 'Original-Saatgut' garantiert beste Saatgutqualität und Keimfähigkeit sowie ertragsstarke, gesunde und qualitativ hochwertige Sorten und dadurch Feldbestände. Damit leistet die heimische Saatgutwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln", so Birschitzky.

Saatgutwirtschaft in Österreich

Rund 6.000 Bäuerinnen und Bauern vermehren hierzulande auf 40.000 ha Saatgut unterschiedlichster Kulturarten, davon rund 23% Vermehrungsfläche für Bio-Saatgut. Die Vermehrungsflächen nahmen in den letzten zehn Jahren um 18% zu, 70% der Flächen entfallen auf Getreide inklusive Mais. Die Saatgutwirtschaft beschäftigte 2020 einschließlich Vertrieb circa 700 Personen. Der Inlandsabsatz an zertifiziertem Saatgut betrug rund 140 Mio. Euro. Die Pflanzenzüchtung beziehungsweise Saatgutwirtschaft ist ein zentraler Sektor der österreichischen Landwirtschaft und hoher Wertschöpfungsfaktor durch Export. Die Produktion von 108.979 t Getreidesaatgut deckt 130% des Eigenbedarfs Österreichs, 23.294 t Maissaatgut reichen für sogar 416%, 405 t Zuckerrüben für 180%, 275 t Ölkürbis für 215% sowie 11.036 t Leguminosen für 135%.

In Probstdorf im niederösterreichischen Marchfeld sind die Saatzucht Donau - Österreichs größter Pflanzenzüchter mit Schwerpunkt Getreide und Soja - sowie die Probstdorfer Saatzucht - gemeinsam mit Saatzucht Linz und der RWA einer der drei größten Produzenten und Anbieter für landwirtschaftliches Saatgut

Prognose des Landwirtschaftsministeriums für Ernte 2022

Das nunmehr als Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) auftretende Ressort spricht von einem derzeit guten Zustand der Kulturen in Österreich. Der weitere Witterungsverlauf wird für die Ernte der Herbstkulturen entscheidend. Die Getreideernte ist

derzeit voll im Gang und in den Frühdruschgebieten bereits weitgehend abgeschlossen. Derzeit wird die Ernte als gut eingeschätzt: um 6% über dem Vorjahr und um 3% über dem 5-Jahresdurchschnitt. Bisher wurden gute Erträge und zufriedenstellende bis hervorragende Qualitäten eingefahren. Bei Weichweizen werden Erträge leicht über dem Vorjahr von 5 bis 7 t/ha genannt und die Qualität verteilt sich auf etwa 50% Premiumweizen, 25% Qualitätsweizen und 25% Mahlweizen. Die Gerstenerträge von 5 bis 7 t/ha sind etwas unter dem Vorjahresergebnis und die von Raps bei 2,8 bis 3 t/ha.

Die Versorgungslage ist weiterhin stabil und die Rohstoffversorgung der Mühlen bis zum Anschluss an die neue Ernte gesichert, so das BML. Die Preise sind allerdings weiterhin hoch. (Schluss)

Bauernbund Oberösterreich fordert Netzausbau zur Einspeisung von PV-Strom

Langer-Weninger: PV auf Agrarflächen nur bei Doppelnutzung neben Lebensmittelerzeugung

Wien, 21. Juli 2022 (aiz.info). - Der Ausbau der Eigenversorgung mit Energie werde mit den Sanktionen gegen Russland und wegen der Verteuerungen von Energie immer wichtiger. Neben der primären Aufgabe der Lebensmittelerzeugung trete dabei die Landwirtschaft mit erneuerbarer Energie wie Photovoltaik- (PV-), Windkraft, Holzverstromung oder Biogas immer mehr in den Fokus. Eine Exkursion des Bauernbunds Oberösterreichs zur Photovoltaik-Versuchsanlage der RWA Solar Solutions nach Pöchlarn sollte Möglichkeiten der agrarischen Doppelnutzung und der Kompatibilität von Energie- und Lebensmittelerzeugung ergründen. Bauernbund-Obfrau **Michaela Langer-Weninger** : "Die OÖ Photovoltaik-Strategie 2030 sieht als ersten Schritt das Erschließen von Dachflächen für die Stromerzeugung vor. Als zweiter Schritt ist die Errichtung von PV-Paneeelen über Parkplätzen, beispielsweise bei Einkaufszentren, vorgesehen. Eine Errichtung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen als weiterer Schritt muss vorzugsweise an eine Doppelnutzung, also an die landwirtschaftliche Produktion, gekoppelt sein."

Mit dem Ausbau erneuerbarer Energie erhöhten sich die Anforderungen an das Stromnetz. Dieses sei wie in anderen Ländern hierzulande wegen der Gefährdung der Netzstabilität für die dezentrale Einspeisung von Strom nicht ausgelegt. Der Ausbau sei sehr teuer und es stünden gesetzliche Auflagen sowie langwierige Umweltverträglichkeitsprüfungen im Wege. Die Verringerung der Abhängigkeit von fossiler Energie sei notwendig, gehe aber nicht von heute auf morgen. Ebenso dürfe die Ernährungssouveränität durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energie nicht gefährdet werden.

Forderung nach dringend notwendigem Netzausbau zur Einspeisung von PV-Strom

Damit der von täglich neu errichteten PV-Anlagen erzeugte Strom ins Stromnetz eingespeist werden kann, sei das Vorhandensein bzw. die Genehmigung eines Netzanschlusses Voraussetzung. Immer öfter würden dies von Netzbetreibern nicht genehmigt. "Wer eine PV-Anlage auf seinem Dach errichten möchte, der soll den Strom auch einspeisen können. Der Ausbau des Netzes hat daher oberste Priorität", fordert Bauernbund-Direktor

Wolfgang Wallner den raschen Ausbau durch die Energieversorger und die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Kritik an Greenwashing von Atomenergie und Erdgas

Kritik an dem Beschluss des EU-Parlaments, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig und "grün" einzustufen, übte Langer-Weninger. Österreich rücke keinen Zentimeter von seiner Anti-Atom-Politik ab und werde sich an einer Klage beim Europäischen Gerichtshof beteiligen. Atomkraft und Gas könne und dürfe nicht als "grüne" und damit nachhaltige Energie, betrachtet werden. Das sei gerade in Hinblick auf die Green Deal-Ziele bzw. die Farm-to-Fork-Strategie ein absoluter Widerspruch. Die Landwirtschaft leiste viel für den Umweltschutz und wirtschaftete unter höchsten Standards. Das Greenwashing von Atomenergie und Erdgas werfe jegliche Prinzipien der bisherigen EU-Energie-Politik über den Haufen. "Das ist weder für die Bauern, noch für die Bevölkerung nachvollziehbar." (Schluss)

Zunehmende Wetterextreme erfordern moderne und rasche Schadenserhebung

Neun von zehn Ackerbauern in OÖ sind gegen das Risiko Hagel versichert

Linz, 21. Juli 2022 (aiz.info). - Unter Anwendung von modernsten Technologien, wie zum Beispiel Satellitendaten oder Niederschlagsradar, bietet die Österreichische Hagelversicherung nach eigenen Angaben die modernste und rascheste Schadenserhebung Europas an. Die Verwendung von Satellitendaten ermöglicht es, den Vegetationsfortschritt und die Pflanzenvitalität sowie das Pflanzenwachstum darzustellen. Insbesondere bei der Erhebung von Dürreschäden kommen diese Daten zum Einsatz. Mit den Niederschlagsdaten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), die auf Regenradar-Daten sowie zertifizierten Wetterstationen beruhen, lassen sich die Niederschläge je Quadratkilometer berechnen und stellen somit die Basis für die Absicherung von Regenmangel in der Dürreindex-Versicherung dar.

Durch die Verwendung von Radardaten, verknüpft mit den versicherten Feldstücken auf Geo-Informationen-System-(GIS)-Ebene, und in Kombination mit stichprobenartigen Vororterhebungen durch die Sachverständigen der Österreichischen Hagelversicherung, kann so unmittelbar nach einem Hagelgewitter das Ausmaß des Schadens quantifiziert werden. So wissen die Verantwortlichen der Hagelversicherung unmittelbar nach einem Unwetter, mit wie vielen Schadensmeldungen sie rechnen müssen.

"Damit garantieren wir unser oberstes Ziel in der Schadenserhebung - die rasche und kompetente Hilfe im Schadensfall", betont der oberösterreichische Landesdirektor der Österreichischen Hagelversicherung, **Wolfgang Winkler**, und erklärt weiter: "Zum anderen können wir - mit den Versicherungssummen der versicherten Kulturen im Hintergrund - sogar die Höhe des entstandenen Schadens errechnen sowie wertvolle und aktuelle Informationen zum Schadensereignis liefern."

Land Oberösterreich investiert in Risikoversorge

Aus dem Agrarbudget des Bundeslandes fließen im heurigen Jahr 11,5 Mio. Euro in die Finanzierung von Versicherungsmöglichkeiten für die Land- und Forstwirtschaft. "Aus gutem Grund", wie Agrarlandesrätin **Michaela Langer-Weninger** betont: "Die Versicherungen gegen Klimawandel-Risiken sind ein wahres Erfolgsmodell und helfen den Bäuerinnen und Bauern sich eigenverantwortlich für diese Herausforderungen zu wappnen." Mit dem Bundesanteil beträgt die Unterstützung der Risikoversorge Hagel, Dürre und Tierversicherung bereits 23 Mio. Euro. "Das ist gut so. Denn wie wir in diesem Sommer bereits feststellen mussten, ist hier jeder Cent gut investiert."

In Oberösterreich sind neun von zehn Ackerbauern gegen das Risiko Hagel versichert, im Bereich der sonstigen Wetterrisiken wie Frost, Dürre, Sturm, Überschwemmung hat sich die Durchversicherung seit dem Jahr 2000 vervierfacht. "2015 haben wir mit der damals in Europa einzigartigen Dürreindexversicherung bei Grünland begonnen. Mittlerweile sind neben Getreide, Mais und Sojabohne etliche weitere Ackerkulturen mit der Dürreindex versicherbar. Zwei von drei Betrieben haben eine derartige Versicherung bereits abgeschlossen", schildert Winkler.

Für das Jahr 2021 beziffert Winkler den Gesamtschaden in der Landwirtschaft in Oberösterreich mit 63 Mio. Euro. Davon entfallen 1,5 Mio. Euro auf das Risiko Frost, 51 Mio. Euro auf Hagel-, Sturm- und Überschwemmungsereignisse sowie 10,5 Mio. Euro auf das Risiko Dürre. Der heuer entstandene Schaden durch Hagel, Sturm und Überschwemmung wird mit 15 Mio. Euro beziffert. "Generell haben sich die Hagelschadenmeldungen im Durchschnitt seit dem Jahr 2000 verdreifacht, bei den sonstigen Wetterrisiken verdoppelt", so Winkler. (Anmerkung: Der tatsächliche Schaden in der Landwirtschaft ist meist höher als die Versicherungssumme, außerdem sind nicht alle Bauern hagelversichert). (Schluss)